

S a t z u n g
der Stadt Koblenz über die Erhebung von Benutzungsgebühren
für die Abfallentsorgung
vom 18. Dezember 2001, zuletzt geändert durch Satzung vom 18. Dezember 2015

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Allgemeines
§ 2	Gebührensschuldner
§ 3	Beginn und Beendigung der Gebührenpflicht und Entstehung des Gebührenanspruchs
§ 4	Gebührenmaßstab
§ 5	Gebührensätze
§ 6	Gebühren bei Anlieferung durch den Abfallbesitzer
§ 7	Eigenkompostierung / Gebührenanreize
§ 8	Sonstige Leistungen
§ 9	Vorausleistungen
§ 10	Veranlagung und Fälligkeit
§ 11	Betriebsstörungen
§ 12	Umsatzsteuer
§ 13	In-Kraft-Treten

Der Stadtrat hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) i. d. F. vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. November 2000 (GVBl. S. 504), ferner geändert durch das Euro-Anpassungsgesetz vom 06. Februar 2001 (GVBl. S. 29) mit Wirkung ab dem 01.01.2002, und der §§ 1,2,3,7 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für Rheinland-Pfalz (KAG) vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Februar 1999 (GVBl. S. 413), ferner geändert durch das Euro-Anpassungsgesetz vom 06. Februar 2001 (GVBl. S. 29) mit Wirkung ab dem 01.01.2002, in Verbindung mit § 5 Abs. 2 des Landesabfallwirtschafts- und Altlastengesetzes (LAbfWAG) vom 02. April 1998 (GVBl. S. 97), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2000 (GVBl. S. 572), ferner geändert durch das Euro-Anpassungsgesetz vom 06. Februar 2001 (GVBl. S. 29) mit Wirkung ab dem 01.01.2002, in seiner Sitzung am 13. Dezember 2001 folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gegeben wird:

§ 1
Allgemeines

Die Stadt erhebt zur Deckung der Kosten für die Inanspruchnahme ihrer Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung Benutzungsgebühren.

§ 2
Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner ist, wer die Abfallentsorgungseinrichtungen nutzt.

- (2) Nutzer sind die Eigentümer und dinglich Nutzungsberechtigten der an die Abfallentsorgung der Stadt angeschlossenen Grundstücke. Nutzer sind im übrigen auch diejenigen, die eine Leistung der Abfallentsorgung in Anspruch nehmen. Bei Sonder- und sonstigen Leistungen (§§ 17 Abs. 8 und 18 Abs. 4 der Abfallsatzung sowie § 5 Abs. 6 bis 9 und § 8 dieser Satzung) sind insbesondere auch der Antragsteller, bei Verwendung von Abfallsäcken auch der Erwerber und bei Selbstanlieferung (§ 20 Abfallsatzung und § 6 Abs. 2 dieser Satzung) auch der Anlieferer Gebührenschuldner.
- (3) Mieter und Pächter haften für den von ihnen verursachten Anteil der Gebühren.
- (4) Soweit die Einrichtungen oder Anlagen zur Abfallentsorgung von Betrieben genutzt werden, sind auch deren Betreiber Gebührenschuldner; dies gilt insbesondere, wenn Grundstücke für einen Betrieb gemietet oder gepachtet wurden.
- (5) Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.
- (6) Im Falle eines Wechsels des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenschuld mit Beginn des auf den Rechtsübergang folgenden Monats auf den neuen Gebührenpflichtigen über.
Bis zur Anzeige des Wechsels sind der bisherige und der neue Gebührenpflichtige Gesamtschuldner. Der Rechtsübergang und der Zeitpunkt des Übergangs sind der Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt- oder dem Kommunalen Servicebetrieb Koblenz auf Verlangen durch Vorlage eines Grundbuchauszugs, im Falle des Absatzes 4 durch Gewerbemeldebescheinigung, nachzuweisen.
- (7) Sind Entsorgungsbehältnisse für mehrere Grundstücke zur gemeinsamen Benutzung aufgestellt (§ 13 Abs. 4 der Abfallsatzung), so werden die Gebühren nach den Raumeinheiten gemessen, die den nach § 13 Abs. 2 der Abfallsatzung aufzustellenden Abfallbehältnissen für den Restabfall (50 l bis 240 l Inhalt) entsprechen.

§ 3

Beginn und Beendigung der Gebührenpflicht und Entstehung des Gebührenanspruchs

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem auf den Anschluss an die Abfallentsorgung folgenden Monat. Sie endet mit Ablauf des Monats, in dem der Anschluss entfällt, frühestens jedoch mit Ablauf des Monats, in dem die schriftliche Anzeige des Wegfalls bei der Stadtverwaltung Koblenz - Kämmerei und Steueramt - oder beim Kommunalen Servicebetrieb Koblenz eingeht. Der Anschluss nach Satz 1 erfolgt durch die Bereitstellung eines Abfallgefässes.
- (2) Der Gebührenanspruch entsteht für Leistungen nach § 5 Absatz 1 bis 3 mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Kalenderjahr. Wechselt der Gebührenpflichtige, entsteht der Anspruch damit für den abgelaufenen Teil des Jahres. Das Gleiche gilt im Falle einer Beendigung der Gebührenpflicht im Laufe des Jahres.
- (3) Bei Sonder- und sonstigen Leistungen entsteht der Gebührenanspruch mit dem Beginn der Leistung, bei Selbstanlieferung mit der Anlieferung an die Einrichtungen oder

Anlagen der Abfallentsorgung. Im Falle des § 5 Absatz 4 entsteht der Gebührenanspruch mit Ablauf des Monats, in dem der Abfall dem Kommunalen Servicebetrieb Koblenz überlassen wurde.

- (4) § 17 Abs. 3 Satz 1 LAbfWAG bleibt unberührt.

§ 4

Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühr wird nach Zahl und Größe der Entsorgungsbehältnisse für den Restabfall bemessen. Bei Behältern ab 4.000 l, in denen ausschließlich Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen überlassen werden, wird eine Grund- und eine Leistungsgebühr erhoben. Der hierbei anfallende Abfall wird, soweit dies im Sinne von § 15 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 5 Absatz 4 KrW-/ AbfG technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist, sortiert und verwertet. Die Grundgebühr beinhaltet insbesondere die tatsächlichen Kosten für die Gefäßstellung, das Einsammeln, Anteile für das Befördern der Abfälle und Verwaltungskosten. Die Leistungsgebühr umfasst die tatsächlichen Kosten für Sortierung, Kompostierung, Verwertung oder Beseitigung sowie Anteile für das Befördern der Abfälle und Verwaltungskosten. Soweit eine Verwiegung aus technischen Gründen nicht möglich ist, wird das durchschnittliche Gewicht des vorangegangenen Monats für die Gebührenerhebung zugrunde gelegt, es sei denn, dass aus nachvollziehbaren Gründen von einem anderen, ggf. im Wege der Schätzung zu ermittelnden, Gewicht auszugehen ist.
- (2) Ist in den Fällen des § 13 Abs. 2 der Abfallsatzung das Entsorgungsvolumen für Bioabfälle größer als das Entsorgungsvolumen für Restabfälle, so bemisst sich die Gebühr nach der Zahl und Größe der Entsorgungsbehältnisse für den Bioabfall. Es gelten dann die Gebührensätze nach § 5 Abs. 1 entsprechend für das Bioabfall-Entsorgungsbehältnis.
- (3) Veränderungen der für die Veranlagung maßgeblichen Bemessungsgrundlage werden mit Beginn des auf die Änderung folgenden Monats berücksichtigt.

§ 5

Gebührensätze

- (1) Die Jahresgebühr für die Abfallentsorgung beträgt für die wöchentliche Leerung der Restabfallbehälter oder für die Leerung der Restabfallbehälter im wöchentlichen Wechsel mit der Biotonne oder für die 2-wöchentliche Leerung der Restabfallbehälter gemäß § 17 Abs. 1 der Abfallsatzung je

50 l Restabfallbehälter	124,80	EURO
60 l Restabfallbehälter ohne Service	124,80	EURO
60 l Restabfallbehälter mit Service	144,00	EURO
80 l Restabfallbehälter ohne Service	164,40	EURO
80 l Restabfallbehälter mit Service	180,00	EURO
110 l Restabfallbehälter mit Service	264,00	EURO
120 l Restabfallbehälter ohne Service	240,00	EURO
120 l Restabfallbehälter mit Service	264,00	EURO

240 1 Restabfallbehälter ohne Service	480,00	EURO
240 1 Restabfallbehälter mit Service	528,00	EURO
770 1 Restabfallgroßbehälter (ausschließlich Sortierleistung)	1.689,60	EURO
1.100 1 Restabfallgroßbehälter (ausschließlich Sortierleistung)	2.421,60	EURO
4.000 1 Restabfallgroßbehälter (soweit sie nicht unter § 4 Absatz 1 Satz 2 fallen)	10.510,80	EURO
770 1 Restabfallgroßbehälter (einschließlich Sortierleistung)	1.226,40	EURO
1.100 1 Restabfallgroßbehälter (einschließlich Sortierleistung)	1.749,60	EURO

- (1a) Im Falle einer genehmigten Ausnahme nach § 17 Abs. 6 Satz 3 Abfallsatzung beträgt die Gebühr für die wöchentliche Leerung der Restabfallbehälter je

770 1 Restabfallgroßbehälter (ausschließlich Sortierleistung)	2.270,40	EURO
1.100 1 Restabfallgroßbehälter (ausschließlich Sortierleistung)	3.243,60	EURO
770 1 Restabfallgroßbehälter (einschließlich Sortierleistung)	1.686,00	EURO
1.100 1 Restabfallgroßbehälter (einschließlich Sortierleistung)	2.406,00	EURO

- (2) Die jährliche Grundgebühr für die Abfallentsorgung beträgt ausschließlich der Leistungsgebühren für einen

4.000 1 Restabfallgroßbehälter bei wöchentlich einmaliger Leerung	5.148,00	EURO
10.000 1 Restabfallgroßbehälter bei wöchentlich einmaliger Leerung	5.148,00	EURO
privateigenen Pressbehälter bis 7 cbm bei wöchentlich einmaliger Leerung	5.148,00	EURO
privateigenen Pressbehälter bis 10 cbm bei wöchentlich einmaliger Leerung	5.148,00	EURO
privateigenen Pressbehälter bis 14 cbm bei wöchentlich einmaliger Leerung	6.492,00	EURO

- (3) Bei regelmäßiger wöchentlich mehrmaliger Leerung der Restabfallbehältnisse vervielfacht sich die Gebühr gemäß Abs. 1 bis 2 entsprechend.

- (4) Die Leistungsgebühr beträgt neben der Grundgebühr

für die Kompostierung von Grün- und Gartenabfällen	9,50	EURO/ cbm
für die Kompostierung von Bio-Abfällen	118,00	EURO/ t
für die Sortierung von Abfällen gem. Absatz 5 Satz 2 bis zu einem Gewicht von 200 kg pauschal	179,00	EURO/ t
	36,00	EURO
für die Beseitigung von Abfällen bis zu einem Gewicht von 200 kg pauschal	180,00	EURO/ t
	36,00	EURO

Die Leistungsgebühr für die Kompostierung von Grün- und Gartenabfällen richtet sich nach der Größe des dafür bereitgestellten Restabfallgroßbehältnisses.

- (5) Die Serviceleistung beinhaltet das Vor- und Rückstellen i. S. des § 17 Abs. 4 der Abfallsatzung in der jeweils gültigen Fassung. Die Sortierleistung der Stadt i. S. dieser Satzung umfasst das Sortieren der Abfälle in Wertstoffe und Abfälle zur Beseitigung,

einschließlich der Verwertung und endgültigen Beseitigung der Restabfälle (§ 15 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 5 Abs. 4 KrW-/ AbfG). Die Kompostierungsleistung der Stadt umfasst die Kompostierung der Abfälle einschließlich der Vermarktung, Verwertung und endgültigen Beseitigung der Restabfälle.

- (6) Die Gebührensätze für Sonderleerungen und für Leerungen gemäß § 17 Abs. 8 Abfallsatzung zusätzlich zur regulären Abfallentsorgung nach Absatz 1 betragen für jede Entleerung eines Entsorgungsbehältnisses bei einem

50 l Restabfallbehälter	6,00	EURO
60 l Restabfallbehälter	6,00	EURO
80 l Restabfallbehälter	7,00	EURO
110 l Restabfallbehälter	10,00	EURO
120 l Restabfallbehälter	10,00	EURO
240 l Restabfallbehälter	17,00	EURO
770 l Restabfallgroßbehälter (ausschließlich Sortierleistung)	54,00	EURO
1.100 l Restabfallgroßbehälter (ausschließlich Sortierleistung)	77,00	EURO
4.000 l Restabfallgroßbehälter (soweit er nicht unter § 4 Absatz 1 Satz 2 fällt)	219,00	EURO
770 l Restabfallgroßbehälter (einschließlich Sortierleistung)	37,00	EURO
1.100 l Restabfallgroßbehälter (einschließlich Sortierleistung)	53,00	EURO

Bei zusätzlicher Bereitstellung eines Behälters außerhalb der regulären Abfallentsorgung zur einmaligen oder mehrmaligen Sonderleerung wird zusätzlich zu der Entleerungsgebühr nach Satz 1 eine Bereitstellungsgebühr von 21,00 EURO je Anlieferung erhoben.

- (7) Die Grundgebühren für Sonderleerungen und für Leerungen gemäß § 17 Abs. 8 Abfallsatzung zusätzlich zur regulären Abfallentsorgung nach Absatz 2 betragen für jede Entleerung eines Entsorgungsbehältnisses bei einem

4.000 l Restabfallgroßbehälter	99,00	EURO
10.000 l Restabfallgroßbehälter	99,00	EURO
privateigenen Pressbehälter bis 7 cbm	99,00	EURO
privateigenen Pressbehälter bis 10 cbm	99,00	EURO
privateigenen Pressbehälter bis 14 cbm	125,00	EURO

Für die Leistungsgebühr gilt Absatz 4 entsprechend.

- (8) Die Grundgebühren für Sonderabfuhr außerhalb der regulären Abfallentsorgung betragen für jede Entleerung eines Entsorgungsbehältnisses bei einem:

4.000 l Restabfallgroßbehälter	99,00	EURO
7.000 l Restabfallgroßbehälter	99,00	EURO
10.000 l Restabfallgroßbehälter	99,00	EURO

Für die Leistungsgebühr gilt Absatz 4 entsprechend.

Die Grundgebühren erhöhen sich in folgenden Fällen:

Ab einer Nutzung von mehr als 8 Tagen (einschließlich der Tage des An- und Abtransports des Behälters) wird ein Standgeld von 3,00 EURO pro Tag und Behälter erhoben. Soweit aus durch den Auftraggeber zu vertretenden Gründen der ordnungsgemäße An- oder Abtransport nicht möglich ist, wird die entsprechende Leerfahrt mit 15,00 EURO berechnet.

- (9) Die Gebühr für die Sonderabfuhr von Abfällen aus Haushalten im Rahmen der Sperrmüllabfuhr gemäß § 18 Abs. 4 Abfallsatzung beträgt für jeden angefangenen Kubikmeter 30,00 EURO. Hohlräume werden in die Bemessung des Rauminhaltes einbezogen. Im Übrigen ist die Abfuhr sperriger Abfälle nach § 18 Abs. 1 Abfallsatzung mit den Jahresgebühren gemäß Abs. 1 abgegolten.
- (10) Das Entgelt für einen Restabfallsack (70 l Rauminhalt) im Sinne des § 4 Abs. 1 Ziffer 5 Abfallsatzung beträgt, einschließlich der Entsorgung, 5,00 EURO. Das Entgelt für einen Grün- und Gartenabfallsack beträgt 0,50 EURO.
- (11) Bei Nichtbenutzung der Säcke erfolgt keine Rückerstattung des Entgeltes. Dies gilt auch, soweit die Behältnisse nach Abs. 1 bis 2 vom Anschlusspflichtigen nicht oder nicht vollständig benutzt oder bereitgestellt werden.

§ 6

Gebühren bei Anlieferung durch den Abfallbesitzer

- (1) Für die Entsorgung von Abfällen, die durch den Besitzer zur Abfalldéponie Ochtendung gebracht werden, gelten die in der Satzung des Déponiezweckverbandes "Eiterköpfe" über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Benutzungsgebühren im Einzugsbereich des Déponiezweckverbandes "Eiterköpfe" vom 20.12.1996 in der jeweils gültigen Fassung festgesetzten Gebühren.
- (2) Für die Entsorgung von Grünabfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die vom Abfallbesitzer oder durch einen Beauftragten zur ehemaligen Abfalldéponie Niederberg gebracht werden, wird eine Gebühr von 9,50 EURO je angefangenem Kubikmeter erhoben.

Bei der Abschätzung der Zahl der Kubikmeter sind folgende Verhältnisse von Nutzlast und Volumen zugrunde zu legen:

Nutzlast bis 0,5 t = 1 cbm Abfall
Nutzlast bis 1,5 t = 2 cbm Abfall
Nutzlast bis 3,5 t = 4 cbm Abfall
Nutzlast bis 5,0 t = 6 cbm Abfall
Nutzlast bis 10,0 t = 10 cbm Abfall
Nutzlast über 10,0 t = 12 cbm Abfall

Die Ablagerungsgebühren werden an Ort und Stelle erhoben.

- (3) Bei Anlieferungen von Abfällen nach § 18 Abs. 4 i.V.m. § 20 Abs. 4a Abfallsatzung bis zu 2 m³ wird bei einem Volumen
eines Pkw-Kofferraums eine Gebühr von 15,00 EURO
eines Laderraums eines Pkw-Kombifahrzeugs eine Gebühr von 30,00 EURO
und ansonsten für jeden angefangenen Kubikmeter eine Gebühr von 30,00 EURO

erhoben.

Die Gebühren sind bei der Anlieferung zu entrichten.

§ 7

Eigenkompostierung/ Gebührenanreize

- (1) Die Stadt fördert die erstmalige Anschaffung von Kompostern nach Maßgabe besonderer Richtlinien.
- (2) In den Fällen der Eigenkompostierung kann der Gebührenschuldner einen Gebührennachlass der Jahresgebühr schriftlich beantragen. Dies gilt auch, wenn auf dem anschlusspflichtigen Grundstück keine überlassungspflichtigen kompostierbaren Abfälle anfallen.

Dieser Nachlass beträgt jährlich bei einem:

50 l Restabfallbehälter	10,80	EURO
60 l Restabfallbehälter	10,80	EURO
80 l Restabfallbehälter	14,40	EURO
110 l Restabfallbehälter	20,40	EURO
120 l Restabfallbehälter	20,40	EURO
240 l Restabfallbehälter	40,80	EURO
770 l Restabfallgroßbehälter	148,80	EURO
1.100 l Restabfallgroßbehälter	212,40	EURO

Voraussetzung für den Gebührennachlass ist, dass der Gebührenschuldner gegenüber der Stadtverwaltung Koblenz - Kommunalen Servicebetrieb Koblenz - schriftlich anzeigt, dass sämtliche auf dem Grundstück anfallenden pflanzlichen Abfälle einschließlich Küchenabfälle (Anlage 2 Ziffer I der Abfallsatzung) selbst kompostiert bzw. selbst verwertet werden. Die Gebührenermäßigung wird ab dem auf die Antragsstellung folgenden Monat gewährt, für das laufende Kalenderjahr in anteilmäßiger Höhe.

- (3) Wird der Stadtverwaltung Koblenz - Kommunalen Servicebetrieb Koblenz - bekannt, dass entgegen der Selbstverpflichtung nach Absatz 2 Satz 4 doch kompostierbare pflanzliche Abfälle über das Restabfallgefäß oder anderweitig verbotswidrig entsorgt werden, so entfällt der Gebührennachlass ab dem auf das Bekanntwerden folgenden Monat.
- (4) Eigenkompostierer verpflichten sich, auf der Restabfalltonne gut sichtbar einen Aufkleber "Eigenkompostierer" anzubringen, den die Stadt zur Verfügung stellt.
- (5) Die Inanspruchnahme der Straßensammlungen von organischen Grün- und Gartenabfällen und die Anlieferung von Grün- und Gartenabfällen an der Kompostanlage des Kommunalen Servicebetriebs Koblenz lassen die Gewährung des Gebührennachlasses nach Absatz 2 unberührt.

§ 8 Sonstige Leistungen

- (1) Gebühren für Leistungen, welche im Rahmen dieser Satzung nicht besonders geregelt sind, werden im Einzelfall auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten für das Einsammeln, das Befördern, die Behandlung, die Lagerung und die Ablagerung bzw. Entsorgung sowie der Verwaltungskosten festgesetzt.
- (2) Dies gilt nicht für:
 - die Gestellung des Gefäßes für Abfälle zur Beseitigung sowie die Entsorgung der eingefüllten Abfälle,
 - die Gestellung des Gefäßes für organische Abfälle zur Verwertung (Bioabfälle) sowie die Entsorgung der eingefüllten Abfälle,
 - die Entsorgung von Problemabfällen privater Haushaltungen gemäß § 19 Abfallsatzung,
 - die Entsorgung von Grün- und Gartenabfällen privater Haushaltungen,
 - die sonstige Wertstoffeffassung aus privaten Haushaltungen im Rahmen der Abfallsatzung,
 - Abfallberatung.
- (3) Die Gebühr nach Absatz 1 wird insbesondere für die Beseitigung und Verwertung von Sonderabfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen gemäß § 19 Abs. 1 der Abfallsatzung, für die Beseitigung und Verwertung von Abfällen gem. § 15 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 5 Absatz 4 KrW-/ AbfG, soweit diese Leistungen nicht durch § 5 Absätze 2, 4, 7 und 8 erfaßt sind, und bei Kosten wegen falscher Deklaration von überlassenen Abfällen erhoben.

§ 9 Vorausleistungen

- (1) In den Fällen des § 5 Absätze 1 bis 3 erhebt die Stadt Koblenz ab Beginn der Gebührenpflicht Vorausleistungen auf die Abfallentsorgungsgebühr des laufenden Jahres.
Die Höhe richtet sich nach der voraussichtlichen Gebühr für das laufende Jahr.
- (2) Nach Entstehung des Gebührenanspruchs werden die Gebühren endgültig festgesetzt. Gleichzeitig werden neue Vorausleistungen festgesetzt.

§ 10 Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die Festsetzungen der Vorausleistungen und Gebühren erfolgen durch dem Gebührenschuldner oder einem von ihm benannten Vertreter bekanntzugebende schriftliche Bescheide. Diese können auch Festsetzungen anderer Grundbesitzabgaben enthalten. In den Fällen des § 5 Absätze 10 und 11 sowie des § 6 dieser Satzung ergehen mündliche Bescheide.

- (2) Bei Wohnungs- und Teileigentum können die Bescheide über die jeweilige gesamte Forderung dem Wohnungseigentumsverwalter bekanntgegeben werden.
- (3) Vorausleistungen nach § 9 Absatz 1 werden zu je ¼ am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig, die erste Rate jedoch frühestens einen Monat nach Bekanntgabe des Vorausleistungsbescheides.
Kann der Gebührenschuldner die Grundsteuer für das Grundstück nach § 28 Abs. 3 Grundsteuergesetz vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2590), auf seinen Antrag am 01. Juli in einem Jahresbetrag entrichten, so wird die Vorausleistung für das Kalenderjahr ebenfalls in einer Summe am 01. Juli fällig.
- (4) Nachzuzahlende Beträge werden einen Monat nach Bekanntgabe, Erstattungsbeträge mit dem Tag der Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (5) Die Gebühren nach § 5 Absätze 4, 6 bis 12, § 6 und § 8 dieser Satzung werden mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 11 Betriebsstörungen

Störungen der Abfallentsorgung (§ 17 Abs. 10 der Abfallsatzung) lassen die Vorausleistungs- und Gebührenpflicht unberührt, soweit sie für den Gebührenpflichtigen ohne wesentliche Auswirkungen bleiben.

§ 12 Umsatzsteuer

Soweit die in dieser Satzung festgelegten Entgelte der Umsatzsteuer unterliegen, legt die Stadt diese auf die Gebührenschuldner um.

§ 13 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2002 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Koblenz über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung vom 20.12.1996 außer Kraft.

Gemäß § 24 Abs. 6 GemO wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO oder auf Grund der GemO erlassener Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften

gegenüber der Stadtverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Koblenz, den 18. Dezember 2001
Stadtverwaltung Koblenz

Dr. Schulte-Wissermann
Oberbürgermeister